

Rechtsextremismus zwischen „Mitte der Gesellschaft“ und Gegenkultur

Tagungsband zur Fachtagung des Verfassungsschutzes der Länder Sachsen und Brandenburg am 28. Januar 2013 in Dresden



RECHTSEXTREMISMUS
FLUGLÄRM
KINDESMISSBRAUCH
GEGENKULTUR
ISLAMISIERUNG
MITTE DER
GESELLSCHAFT
SUBKULTURELL
VOLKSGEMEINSCHAFT
KAMERADSCHAFT

NATIONALSOZIALISTEN
ASYLBEWERBER
SYSTEMALTERNATIVE
VOLKSTOD

Herausgeber:

Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen,
Stabsstelle

In Kooperation:

Ministerium des Innern des Landes Brandenburg,
Referat 52

Gesamtherstellung:

Initial Werbung & Verlag

Titelbild:

SV SAXONIA VERLAG GmbH

Redaktionsschluss:

April 2013

Diese Druckschrift kann kostenfrei bezogen werden beim:

Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen

Neuländer Straße 60, 01129 Dresden

Telefon: +49 351 85850

Telefax: +49 351 8585500

E-Mail: verfassungsschutz@lfv.smi.sachsen.de

www.verfassungsschutz.sachsen.de

Verteilerhinweis

Diese Informationsschrift wird von der Sächsischen Staatsregierung im Rahmen ihrer verfassungsmäßigen Verpflichtung zur Information der Öffentlichkeit herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von deren Kandidaten oder Helfern im Zeitraum von sechs Monaten vor einer Wahl zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für alle Wahlen.

Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist auch die Weitergabe an Dritte zur Verwendung bei der Wahlwerbung.

Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf die vorliegende Druckschrift nicht so verwendet werden, dass dies als Parteinarbeitung des Herausgebers zu Gunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.

Diese Beschränkungen gelten unabhängig vom Vertriebsweg, also unabhängig davon, auf welchem Wege und in welcher Anzahl diese Informationsschrift dem Empfänger zugegangen ist. Erlaubt ist jedoch den Parteien, diese Informationsschrift zur Unterrichtung ihrer Mitglieder zu verwenden.

Copyright

Diese Veröffentlichung ist urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte, auch die des Nachdruckes von Auszügen und der fotomechanischen Wiedergabe, sind dem Herausgeber vorbehalten.

Inhaltsverzeichnis

Markus Ulbig

Sächsischer Staatsminister des Innern

Grußwort..... 5

Gordian Meyer-Plath

Präsident Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen

Rechtsextremismus und dessen Drang zur Mitte. Anspruch und Wirklichkeit in Sachsen..... 8

Michael Hüllen

Verfassungsschutz Brandenburg

Der virtuelle Angriff des Neonationalsozialismus auf die Mitte der Gesellschaft.

Ein regionales Fallbeispiel..... 17

Prof. Dr. Uwe Backes

Stellvertretender Direktor des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung e. V.
an der TU Dresden

Rechtsextremismus in der Mitte der Gesellschaft?

Paradoxie und triste Banalität eines Gemeinplatzes alarmistischer Zeitdiagnostik. 29

Dr. Marc Brandstetter

Redaktionsleiter Endstation Rechts.

Mit Bratwurst und Kuchen gegen das verhasste „System“.

Die gesellschaftliche Verwurzelung des Rechtsextremismus in Mecklenburg-Vorpommern.43

Christian Bangel

Chef vom Dienst Zeit Online

Wir müssen über den Rechtsextremismus berichten, ohne die Mehrheit damit zu nerven.

Medien und ihr Umgang mit den Neonazis. 59

Prof. Dr. Joachim Scharloth

Institut für Germanistik, Dresden Center for Digital Linguistics, TU Dresden

Rechtsextreme Semantiken im politischen Mainstream.....68

Dr. Heike Radvan

Amadeu Antonio Stiftung Berlin

Frau Radvan hielt bei der Fachtagung den Vortrag „Frauen im heutigen Rechtsextremismus.

Wahrnehmungsdefizite und Herausforderungen für die Prävention.“

Ein Abdruck des Textes im vorliegenden Tagungsband war nicht möglich.



Rechtsextremismus in der Mitte der Gesellschaft? Paradoxie und triste Banalität eines Gemeinplatzes alarmistischer Zeitdiagnostik

Prof. Dr. Uwe Backes,
Stellvertretender Direktor des Hannah-Arendt-Instituts für
Totalitarismusforschung e. V. an der TU Dresden

Wenn vom „Rechtsextremismus in der Mitte der Gesellschaft“ die Rede ist, erscheinen begriffliche Klärungen unausweichlich, werden doch mehrere Wendungen verknüpft, die schwammig sind, in vielfältigen Bedeutungsnuancen kursieren und eine Verständigung erschweren können. Der Topos vom „Extremismus der Mitte“ gehört seit vielen Jahren zum Standardrepertoire alarmistischer Zeitdiagnostik.¹ Seine Beliebtheit verdankt sich teilweise der Vieldeutigkeit, denn es darf gerätselt werden, wo die „Mitte“ liegt, anhand derer die „Extreme“ zu bestimmen seien. Liegt sie bei den politisch oder sozial Etablierten? Oder ist eher vom angepasst-unauffälligen „Mann auf der Straße“ (flapsig „Otto-Normalverbraucher“ genannt) die Rede? Meint „Mitte“ die Wähler der Großparteien, die Bezieher mittlerer Einkommen oder die Absolventen mittlerer Bildungsabschlüsse? Es liegt auf der Hand, dass mit diesen Stichworten unterschiedliche Aspekte einer gedachten Mitte angesprochen sind und – beispielsweise – der „mittlere“ Schulabschluss nicht zwangsläufig zu einem Durchschnittsgehalt führt.

¹ Vgl. mit zahlreichen Beispielen: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.), *Extremismus der Mitte? Kritik an einem modischen Schlagwort*, in: Dies., *Vergleichende Extremismusforschung*, Baden-Baden 2005, S. 157-169.

Die paradox klingende Wendung wirkt schlimmstenfalls wie eine sprachliche Streubombe, die vielfältige Assoziationen (und Insinuationen) freisetzt: „Der Extremismus“ dringe in „immer breitere“ Wählerschichten vor, finde Anhänger „mehr und mehr“ auch in wirtschaftlich abgesicherten sozialen Gruppen, gewinne an sozialer Akzeptanz und „Salonfähigkeit“. Solche Diagnosen sind nicht selten mit warnenden Hinweisen in Richtung derer verbunden, die der „Extremismustheorie“ frönen und damit den fälschlichen Eindruck erweckten, die Demokratie werde nur von den „Rändern“ in Frage gestellt, wo sie doch in Wirklichkeit längst von der „Mitte“ aus bedroht sei.²

Die Öffentlichkeitswirkung einer vielbeachteten Studie über die „Die Mitte im Umbruch“ lebt von einem Feuerwerk alarmierender Impressionen, Emotionen und Phantasien, die von ihren Herausgebern und Autoren gezielt ausgelöst und genährt werden – und keineswegs nur als Ausdruck geschickten Marketings zu verstehen sind, weil sich die damit verknüpften Inhalte nicht bloß auf dem Buchrücken, sondern auch im Vorwort und Einleitungskapitel finden. Suggestiert wird eine immer bedrohlicher voranschreitende Entwicklung im Verborgenen, die wie eine Seuche „schleichend das gesellschaftliche Klima“³ vergifte. Die Verfasser der Studie werfen in ihrem Einleitungskapitel („Die Ergebnisse der ‚Mitte-Studien‘ 2002-2010 zu rechtsextremen Einstellungen und Strukturen“) Fragen auf, äußern Vermutungen und legen Verbindungen nahe, die beim Leser den Eindruck erwecken, sie seien aus den empirischen Befunden der Studie gewonnen. Sie nehmen den Skandal um die späte Aufdeckung der Mordserie eines „Nationalsozialistischen Untergrundes“ (NSU) zum Anlass für allerlei Spekulationen: Angesichts der weiten Verbreitung rechtsextremistischer Einstellungen müsse man „stark annehmen, dass auch die Sicherheitsbehörden keine Insel der Seligen“⁴ seien. Eine Befragung beim Sicherheitspersonal haben sie allerdings nicht durchgeführt. Die Annahme, bei den ermittelnden Beamten sei die „Wahrnehmung des Verbrechens [...] durch rassistische Stereotype verzerrt“⁵ gewesen, ist vermutlich der Presseberichterstattung entnommen. Tageszeitungen, Funk und Fernsehen sehen sich aber ebenfalls pauschaler Kritik ausgesetzt. Sie hätten versagt, weil es ihnen nicht gelungen sei, „staatliches Handeln einer medialen Kontrolle zu unterwerfen“.⁶ Eine Analyse des Medienumgangs mit der NSU-Affäre, die eine so weitreichende Aussage stützen könnte, sucht man im Band vergebens. Die Autoren behaupten, es gebe eine „Verschiebung des rassistischen Diskurses in die Mitte der Gesellschaft“,⁷ ohne diese Feststellung aber aus einer Diskursanalyse abzuleiten. Sie folgern dennoch, eine solche Entwicklung werde durch den Extremismusbegriff vernebelt, weil er unterstelle, die „Bedrohung der Demokratie“ komme von den „Rändern“ der Gesellschaft her: „Die ‚Mitte-Studien‘ aber weisen regelmäßig darauf hin, dass dies ein Trugschluss ist: Gefahr droht aus der ‚Mitte‘ selbst, in der rechtsextreme Einstellungen, autoritäre Fantasien und mangelndes demokratisches Bewusstsein weit verbreitet sind.“⁸

² Vgl. etwa die Beiträge in folgendem Band: Forum für kritische Rechtsextremismusforschung (Hrsg.), Ordnung, Macht, Extremismus. Effekte und Alternativen des Extremismus-Modells, Wiesbaden 2011.

³ Ralf Melzer, Vorwort, in: Oliver Decker/Johannes Kiess/Elmar Brähler, Die Mitte im Umbruch. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2012, S. 7-9, hier 7.

⁴ Decker/Kiess/Brähler, Die Mitte im Umbruch, S. 11.

⁵ Ebd.

⁶ Ebd.

⁷ Ebd., S. 13.

⁸ Ebd., S. 16.

Die folgenden Betrachtungen nehmen die Polemik der „Mitte-Studie“ – deren empirische Befunde auf der Einstellungsebene keineswegs pauschal in Zweifel gezogen werden sollen – zum Anlass für einige Klärstellungen teils grundsätzlicher Art, in der Hoffnung, auf diese Weise zur Versachlichung der öffentlichen Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus beizutragen. Eine realistische Lageeinschätzung tut not, denn ebenso wie es unangemessen wäre, die gesellschaftliche Bedeutung des Phänomens herunterzuspielen, erscheint es hilfreich, wenn pausenlos Alarm geschlagen wird: Irgendwann rückt die Feuerwehr nicht mehr aus, Rechtsextremisten erhalten kostenlose Wahlwerbung und sind letztlich die Profiteure.

Im ersten Abschnitt wird das Verhältnis von „Extremismus“ und „Mitte“ beleuchtet und die scheinbare Paradoxie des Begriffspaares aufgelöst. Der zweite Abschnitt dient der Erörterung der Frage, welche Schlussfolgerungen aus Einstellungsuntersuchungen generell für die Einschätzung extremistischen Verhaltens gezogen werden können. Im dritten und letzten Abschnitt schließlich geht es darum, ob die von den Autoren der „Mitte-Studie“ beschworene Gefahrenlage auf realistischen Annahmen beruht, insbesondere, ob die für die jüngste Zeit konstatierte „Konsolidierungsphase der rechtsextremen Szene“⁹ und das Vordringen „in die Mitte der Gesellschaft“ aus den vorliegenden Wahl- und Organisationsdaten plausibel abzuleiten sind. Dieses Vorgehen erscheint insofern berechtigt, als die Autoren der „Mitte-Studie“ Betrachtungen anstellen und Schlussfolgerungen ziehen, die weit über die von ihnen analysierte Einstellungsebene hinausreichen.

Extremismus der Mitte: Paradoxie und triste Banalität

Die Verfasser der „Mitte-Studie“ meinen, der Extremismusbegriff bilde das gedankliche Gegenstück zu einer idealisierten Mitte, deren Inhalt ein „monopolisiertes Demokratieverständnis“¹⁰ sei. Dies trifft in gewisser Weise zu – wenn man nämlich das Bundesverfassungsgericht als eine Art Monopolagentur bei der Auslegung strittiger Verfassungsfragen versteht. Denn der Extremismusbegriff wird dort, wo ihn staatliche Behörden in Deutschland (Innenministerien, Verfassungsschutzämter, Kriminalpolizei, Staatsanwaltschaften) in offizieller Diktion verwenden, als Antithese einer verfassungsstaatlichen Mitte gefasst, die im Sinne einer demokratietheoretischen Minimaldefinition die als unverzichtbar geltenden „Kernelemente“ „freiheitlicher demokratischer Grundordnung“ enthält.¹¹ Damit müsste klar sein, dass Extremismus, so verstanden, durch die Negation geistig-politischer Inhalte (insbesondere Menschenrechte, Gewaltenteilung und Pluralismus) bestimmt wird, keineswegs hingegen über eine Beschreibung der gesellschaftlichen Stellung derer, die solche Positionen vertreten. Eine gedankliche „Mitte“ im Sinne der minimalen Werte und Verfahrensregeln freiheitlicher Demokratie impliziert nämlich keinerlei Festlegung im Blick auf die soziale Verortung der auf diese Weise erfassten Phänomene. Was durch die scheinbare Paradoxie „Extremismus der Mitte“ zum Ausdruck gebracht werden soll: Der Extremismus gehe nicht nur von den sozialen Rändern, sondern auch von der „Mitte der Gesellschaft“ aus, bietet für Extremismusforscher wenig Überraschendes.

⁹ Ebd., S. 135

¹⁰ Ebd., S. 16.

¹¹ Vgl. zur Definitionsproblematik ausführlich: Uwe Backes, Politische Extreme. Eine Wort- und Begriffsgeschichte von der Antike bis zur Gegenwart, Göttingen 2006, S. 238–248.

Warum ist das so? Seit den 1930er Jahren hat die Forschung die starke Beteiligung der mittleren Schichten am Wahlerfolg der NS-Bewegung hervorgehoben. Zwar ist die These vom „Extremismus des Mittelstandes“ für die NSDAP korrigiert worden. Aber Jürgen W. Falter, der die Schichtenstreuung der NS-Wähler in der Endphase der Weimarer Republik minutiös untersucht hat, leugnet eine gewisse Überrepräsentation der Mittelschichten keineswegs. Die NSDAP sei mit Blick auf ihr Elektorat eine „Volkspartei mit Mittelstandsbauch“.¹² In den Wahlerfolgsserien der Nachkriegsjahrzehnte setzte sich dieses Muster schon deshalb nicht ungebrochen fort, weil es rechtsextreme Parteien vor dem Hintergrund der NS-Geschichte schwer hatten, in breitere Wählerschichten vorzustoßen. Doch wo immer auf regionaler Ebene temporäre Durchbrüche zu verzeichnen waren, gelang dies zumindest im Ansatz. So sprach der Kölner Soziologe Erwin K. Scheuch angesichts der Schichtenverteilung der NPD-Wähler Ende der 1960er Jahre von einer „Minivolkspartei“.¹³

Im vereinten Deutschland musste in der ersten Hälfte der 1990er Jahre zwischen west- und ostdeutschen Spezifika unterschieden werden. Das typische soziographische Bild wurde jedoch wie folgt beschrieben: Beim „Rechtswähler“ (Wähler von REP und DVU) handle es sich „um einen verheirateten Mann über 45, der in einer Klein- oder Mittelstadt lebt, einer christlichen Kirche angehört, aber selten oder nie zur Kirche geht, Volks- oder Hauptschulabschluss besitzt, als Arbeiter oder einfacher Angestellter in einem festen Arbeitsverhältnis steht, sich (bisher) um seinen Arbeitsplatz nicht unmittelbar sorgt und weder selbst noch über ein anderes Mitglied seines Haushalts mit der Gewerkschaftsbewegung verbunden ist.“¹⁴ Dies liest sich nicht als die Beschreibung einer klassischen „Mittelstandsbewegung“, ist aber ebenso wenig als Extremismus „sozialer Randgruppen“ interpretierbar.

Als die NPD 2004 in Sachsen – nach einer gegen „Hartz IV“ Front machenden Kampagne – ihren größten Wahltriumph bei Landtagswahlen feiern konnte (9,2 Prozent der Zweitstimmen), betonten Wahlforscher den Protestwahlcharakter und das soziale Desintegrationspotenzial im Elektorat. Laut Infratest/dimap stimmten 16 Prozent der Arbeitslosen für die NPD. Doch konnte die Partei gegenüber den Wahlen fünf Jahre zuvor auch in anderen Berufsgruppen zulegen. So votierten 17 Prozent der Arbeiter (+14 Prozent), 7 Prozent der Angestellten (+5 Prozent), 4 Prozent der Beamten (+4 Prozent), 6 Prozent der Selbstständigen (+5 Prozent), 4 Prozent der Rentner (+3 Prozent) und 8 Prozent der Lehrlinge/Azubis (+5 Prozent) für die Partei. Beim Bildungsgrad dominierten die Mittel- und Realschulabsolventen (15 Prozent, +13 Prozent).¹⁵

Die Feststellung, der Rechtsextremismus rekrutiere sich – auch – aus der „Mitte der Gesellschaft“, ist mithin auf der Verhaltensebene weder neu noch für den Extremismusforscher in irgendeiner Weise sensationell. Sie bringt vielmehr eine – triste – Banalität zum Ausdruck. Dabei ist zu beachten, dass Einstellungsuntersuchungen für die soziale Charakteristik extremistischen Verhaltens nur eine begrenzte Aussagekraft besitzen. Dies soll im folgenden Abschnitt aufgezeigt werden.

¹² Jürgen W. Falter, *Hitlers Wähler*, München 1993, S. 372. Siehe auch Jürgen W. Falter, *Radikalisierung des Mittelstandes oder Mobilisierung der Unpolitischen? Die Theorien von Seymour Martin Lipset und Reinhard Bendix über die Wählerschaft der NSDAP im Lichte neuerer Forschungsergebnisse*, in: Peter Steinbach (Hrsg.), *Probleme politischer Partizipation im Modernisierungsprozess*, Stuttgart 1982, S. 438–469.

¹³ Erwin K. Scheuch, *Politischer Extremismus in der Bundesrepublik*, in: Richard Löwenthal/Hans-Peter Schwarz (Hrsg.), *Die zweite Republik. 25 Jahre Bundesrepublik Deutschland – eine Bilanz*, Stuttgart 1974, S. 433–469, hier 443.

¹⁴ Jürgen W. Falter, in Zusammenarbeit mit Markus Klein, *Wer wählt rechts? Die Wähler und Anhänger rechtsextremistischer Parteien im vereinigten Deutschland*, München 1994, S. 105 f.

¹⁵ Vgl. Viola Neu, *Landtagswahl in Sachsen am 19. 9. 2004. Wahlanalyse*, Konrad-Adenauer-Stiftung, Berlin 2004, S. 23 f.

Einstellungen und politisches Verhalten

Die Forschung weiß seit langem, dass der Schluss von Einstellungen auf Verhalten oft in die Irre führt.¹⁶ Selbst wenn man von der (plausiblen) Annahme ausgeht, rechtsextremistische Einstellungen begründeten eine Verhaltensprädisposition, kann nicht geschlossen werden, Personen mit rechtsextremistischen Einstellungen verhielten sich in der Regel einstellungskonform. In der „Mitte-Studie“ kommt dies klar dort zum Ausdruck, wo das Einstellungsprofil mit Parteipräferenzen verknüpft wird. Zwar tendieren Personen mit rechtsextremistischen Einstellungen in stark erhöhtem Maße zu Parteien mit entsprechendem programmatischen Profil. Doch werden Rechtsextremismus anzeigende Items (standardisierte Fragen/Aussagen) auch von einem beträchtlichen Teil der befragten Anhänger der Bundestagsparteien unterstützt. Die von Decker/Kiess/Brähler gemessenen „Chauvinismus“-Werte verteilen sich wie folgt: CDU/CSU 18,6 Prozent, SPD 22 Prozent, FDP 15,6 Prozent, Grüne 6,8 Prozent, Die Linke 15,2 Prozent. Bei der Ausländerfeindlichkeit werden folgende Werte erreicht: CDU/CSU 20,8 Prozent, SPD 24,1 Prozent, FDP 15,6 Prozent, Grüne 6,8 Prozent, Die Linke 19,6 Prozent. Und beim Antisemitismus schließlich: CDU/CSU 7,5 Prozent, SPD 9,1 Prozent, FDP 2,2 Prozent, Grüne 2,2 Prozent, Die Linke 8,7 Prozent.¹⁷

Wie wenig anhand von Meinungsbefragungen ermittelte Einstellungswerte über politisches Verhalten aussagen, wird auch offenbar, sobald man den Versuch unternimmt, entsprechende Zusammenhänge auf europäischer Ebene aufzuzeigen. Geeignete Einstellungsdaten liegen etwa in Gestalt der 2008 durchgeführten Studie „Die Abwertung der Anderen“ vor, der das an der Universität Bielefeld von den Forschern um Wilhelm Heitmeyer entwickelte Konzept der „Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“ (GMF) zugrunde liegt. Die Studie hat für Deutschland, Großbritannien, Frankreich und Italien ein mittleres, für die Niederlande ein niedriges und für Portugal ein hohes GMF-Niveau ermittelt. Bei den Wahlen zum Europaparlament ein Jahr darauf entsprachen jedoch die Ergebnisse rechtsextremistischer bzw. rechtspopulistischer Parteien keineswegs dem auf dieser Grundlage zu erwartenden Muster (siehe Tab. 1). So war in den Niederlanden eine rechtspopulistische Partei trotz des niedrigen Einstellungsniveaus erfolgreich, während dies in Portugal trotz hoher Werte nicht der Fall war. Auch auf den „mittleren Rängen“ entsteht ein uneinheitliches Bild. Dies kann kaum erstaunen: Wer sich mit den Erfolgsbedingungen politischer Parteien beschäftigt, weiß, dass diese von einer Vielzahl an Faktoren geprägt sind, unter denen politisch-kulturelle nur einen kleinen Teil ausmachen (Tab. 1).¹⁸

Dies gilt in ähnlicher Weise für den Zusammenhang zwischen Einstellungen und politisch motivierter Gewalt. In der letzten Spalte von Tab. 1 sind die Ergebnisse einer (leider nur aus dem Jahr 2004 verfügbaren) Viktimisierungsstudie verwertet. Befragt wurden Immigranten nach ihren Erfahrungen mit fremdenfeindlichen Übergriffen (von Pöbeleien bis tätlichen Angriffen). Auch auf dieser Betrachtungsebene ist kein Zusammenhang mit den gemessenen Einstellungswerten erkennbar. So wies Portugal eine niedrige Viktimisierungsrate, aber ein hohes fremdenfeindliches Einstellungsniveau auf. Und in den Niederlanden ging eine hohe Viktimisierungsrate mit hohen Einstellungswerten einher.

¹⁶ Vgl. zu den langanhaltenden forschungsgeschichtlichen Kontroversen: Icek Ajzen/Martin Fishbein, The influence of attitudes on behavior, in: Dolores Albarracín/Blair T. Johnson/Mark P. Zanna (Hrsg.), The Handbook of Attitudes, Mahwah, NJ, 2005, S. 173–221.

¹⁷ Decker/Kiess/Brähler, Die Mitte im Umbruch, S. 44

¹⁸ Vgl. für Deutschland Henrik Steglich, Rechtsaußenparteien in Deutschland. Bedingungen ihres Erfolges und Scheiterns, Göttingen 2010. Für die EU-Staaten: Uwe Backes/Patrick Moreau (Hrsg.), The Extreme Right in Europe. Current Trends and Perspectives, Göttingen 2012.

Tab. 1: Rechtsextremistische Einstellungen, Wählerverhalten und Viktimisierung in EU-Staaten

Land	Einstellungsniveau (2008)	Rechtsextreme Partei im Europaparlament (2009)	Viktimisierungsrate überdurchschnittlich (2004)
Deutschland	mittel	-	ja
Großbritannien	mittel	British National Party (6,2 %)	ja
Frankreich	mittel	Front National (6,3 %)	ja
Niederlande	niedrig	Partij voor de Vrijheid (16,9 %)	ja
Italien	mittel	Lega Nord (10,2 %)	nein
Portugal	hoch	-	nein

Erläuterung: Einstellungsniveau: Anteil der Befragten mit „gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit“ nach Andreas Zick/Beate Küpper/Andreas Hövermann, Die Abwertung der Anderen. Eine europäische Zustandsbeschreibung zu Intoleranz, Vorurteilen und Diskriminierung, Berlin 2011, S. 84; Viktimisierungsrate: EUIS report, The Burden of Crime in the EU. Research Report: A Comparative Analysis of the European Crime and Safety Survey (EU ICS) 2005, S. 53; Wahlergebnisse: Norwegian Social Science Data Services, European Election Database.

Der Nutzen von Einstellungsuntersuchungen für die Erklärung von rechtsextremistischem Verhalten relativiert sich ebenfalls stark, wenn man die im Ablauf von mehreren Jahrzehnten gemessenen Werte unterschiedlicher Studien miteinander vergleicht. Tab. 2 enthält Ergebnisse aus den Jahren 1979 bis 2012, die mit ähnlichen, teilweise sogar deckungsgleichen, Items operierten. Nicht alle verwenden die von der SINUS-Studie entwickelte Kategorie eines „geschlossenen rechtsextremistischen Weltbildes“. Die Untersuchung von Jürgen W. Falter (in Kooperation mit Markus Klein) zeigte dem Leser auf, zu welchem unterschiedlichen Ergebnissen im Blick auf den Umfang des Einstellungspotenzials die Forscher gelangen, je nachdem, wie streng die Kriterien für das Vorliegen eines „rechtsextremistischen Weltbildes“ sind (obere Werte: 7 von 10 Items werden bejaht, untere Werte: 6 von 10 Items werden bejaht).

Tab. 2: Ergebnisse von Studien über rechtsextremistische Einstellungen, 1979–2012

Studie	Untersuchungszeitraum	Anteil der Befragten mit rechtsextremistischen Einstellungen
SINUS	1979/80	13 %
Falter/Klein	1994	8 % (West), 5 % (Ost) / 13 % (West), 10 % (Ost)
Niedermayer/Stöss	1998	13 % / 12 % (West), 17 % (Ost)
Decker/Brähler	2002	9,7 % / 11,3 % (West), 8,1 % (Ost)
Decker/Kiess/Brähler	2012	9,0 % / 7,3 (West), 15,8 % (Ost)

Quellen: Fünf Millionen Deutsche: „Wir sollten wieder einen Führer haben ...“ Die SINUS-Studie über rechtsextremistische Einstellungen bei den Deutschen, mit einem Vorwort von Martin Greiffenhagen, Reinbek bei Hamburg 1981, S. 78; Jürgen W. Falter, Politischer Extremismus, in: Ders./Oscar W. Gabriel/Hans Rattinger (Hrsg.), Wirklich ein Volk? Die Orientierungen von Ost- und Westdeutschen im Vergleich, Opladen 2000, S. 408; Oskar Niedermayer/Richard Stöss, Rechtsextremismus, politische Unzufriedenheit und das Wählerpotenzial rechtsextremer Parteien, Arbeitspapiere des Otto-Stammer-Zentrums, Nr. 1, Berlin 1998, S. 8; Decker/Kiess/Brähler, Die Mitte im Umbruch, S. 54.

Die Ergebnisse der Studien sind nicht vergleichbar, vermitteln aber in der Zusammenstellung einen Eindruck von den Einstellungsniveaus im Zeitablauf. Die in der Decker/Kiess/Brähler-Studie gemessenen Werte verlieren so etwas an Dramatik, zumal sie für Gesamtdeutschland einen leichten Rückgang des rechtsextremistischen Einstellungspotenzials konstatieren. Für das östliche Deutschland hatten Oskar Niedermayer und Richard Stöss Ende der 1990er Jahre höhere Werte ermittelt. Offenbar gehen in die Einstellungsstudien auch kurzfristige Stimmungsschwankungen ein, wie sie Wirtschaftsklimaindices erfassen.

Wichtiger noch als die grobe Einschätzung des Bodensatzes an rechtsextremistischen Einstellungen ist aber folgender Sachverhalt: Die Auf- und Abwärtsbewegungen lassen keinerlei Ursache-Wirkungs-Beziehung zum politischen Handeln erkennen. Für das Wahlverhalten ist dies besonders evident: Zum Zeitpunkt des Erscheinens der SINUS-Studie und mehrere Jahre danach verbuchte keine rechtsextremistische Partei nennenswerte Wahlerfolge auf nationaler oder regionaler Ebene. Als die Ergebnisse von Falter/Klein vorlagen, war der Höhepunkt der REP-Wahlerfolge bereits überschritten. Und auch die Untersuchung von Niedermayer/Stöss fiel nicht in eine Periode elektoraler Durchbrüche von Rechtsaußenparteien – von einigen regionalen Erfolgen (etwa der DVU) einmal abgesehen.

„Konsolidierung“ des organisierten Rechtsextremismus?

Im europäischen Vergleich zählt die Bundesrepublik Deutschland zu den Ländern mit eher schwachen Rechtsaußenparteien. Nur im ersten, 1949 gewählten Bundestag (damals galt die Fünfprozenthürde auf Landesebene) waren Abgeordnete rechtsextremer Parteien vertreten.¹⁹ Seither ist es keiner rechtsextremen Partei mehr gelungen, ins nationale Parlament einzuziehen. Die auf regionaler Ebene zu konstatierenden Mobilisierungswellen schwächten sich zudem im Laufe der Jahrzehnte ab – einem auch in anderen europäischen Staaten zu beobachtenden Muster folgend.²⁰

Dieser Befund bedarf auch für die Zeit seit der deutschen Vereinigung keiner grundlegenden Revision. Die Mobilisierungswelle der REP, die 1989 mit dem Einzug in das Europaparlament einen ersten spektakulären Höhepunkt erreicht hatte, ebte auch aufgrund der Wiedererlangung der nationalen Einheit ab, denn damit verlor die Partei eines ihrer zugkräftigen Themen. In den östlichen Ländern konnte sie nicht Fuß fassen.²¹ Eine neue Mobilisierungswelle wurde vor allem von der NPD getragen und erreichte auf Bundesebene im Jahr 2005 ihren – bescheidenen – Höhepunkt (1,6 Prozent der Zweitstimmen). Wie Tab. 3 zeigt, waren die Rechtsaußenparteien aber auf dem Territorium der Ex-DDR von der Bundestagswahl 1998 an deutlich erfolgreicher als in den westlichen Ländern. Die Summe der Stimmenanteile der konkurrierenden Rechtsaußenparteien war 1998 am höchsten, 2005 am zweithöchsten und entfernte sich danach wieder von der Fünfprozentmarke. Auch der NPD-Stimmenanteil lag im Wahlgebiet Ost 2009 wieder niedriger als 2005. Zudem verringerte sich der Abstand (in Prozentpunkten) zwischen den beiden Wahlgebieten etwas.

¹⁹ Vgl. Uwe Backes/Eckhard Jesse, *Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland*, Neuausgabe, Bonn 1996, S. 60-137.

²⁰ Vgl. Klaus von Beyme, *Right-Wing Extremism in Post-War Europe*, in: *West European Politics* 11 (1988), H. 2, S. 1-18.

²¹ Vgl. Backes/Jesse, *Politischer Extremismus*, S. 120.

Tab. 3: Zweitstimmenanteile von Rechtsaußenparteien bei den Bundestagswahlen 1990 – 2009 nach Wahlgebiet West und Ost

	Wahlgebiet West				Wahlgebiet Ost				Differenz (%-Punkte)
	DVU	REP	NPD	Σ	DVU	REP	NPD	Σ	
1990	--	2,3	0,3	2,6	--	1,3	0,3	1,6	-1,0
1994	--	2,0	--	2,0	--	1,3	--	1,3	-0,7
1998	0,8	1,9	0,1	2,9	2,8	1,5	0,7	5,0	+2,1
2002	--	0,6	0,3	0,9	--	0,5	1,2	1,7	+0,8
2005	--	0,6	1,1	1,7	--	0,4	3,6	4,0	+2,3
2009	0,1	0,5	1,1	1,7	0,2	0,2	3,1	3,5	+1,8

Erläuterung: Wahlgebiet West: ehemalige Bundesrepublik mit Berlin (West); Wahlgebiet Ost: ehemalige DDR mit Berlin (Ost); Parteien: Deutsche Volkspartei (DVU), Die Republikaner (REP), Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD). Quelle: Amtliche Wahlstatistik; eigene Zusammenstellung und Berechnung.

Einen allmählichen Rückgang der rechtsextremen Wahlmobilisierung in den Jahren ab 2005 zeigen auch die Ergebnisse auf Landesebene an. Überblickt man die Jahre 1990 bis 2012 (siehe Tab. 4), so wird deutlich, dass Rechtsaußenparteien bei Landtagswahlen nur bis 1996 die Fünfprozenthürde in westlichen Ländern zu überwinden vermochten. In den östlichen Ländern begann die Erfolgsserie erst 1998 mit einem spektakulären Wahlsieg der DVU in Sachsen-Anhalt. Beginnend 2004 in Sachsen gelang dies dann auch der NPD mehrfach. Für die Jahre 1998 bis 2006 ist das „Vordringen“ in breitere Wählerschichten evident. Danach allerdings zeichnet sich auch auf der Landesebene im östlichen Deutschland ein Nachlassen der Mobilisierungsdynamik ab.

Für die westlichen Länder kann die These von der Konsolidierung des Rechtsextremismus auf der Wähler-ebene gar nicht überzeugen. Dies zeigt auch Tabelle 5, wo jeweils die letzte und vorletzte Wahl mit der Entwicklungstendenz nach oben oder unten dargestellt ist. Nur in Bayern und Hamburg gab es einen Anstieg des Stimmenanteils der Rechtsaußenparteien, allerdings auf niedrigem, weit von der Fünfprozenthürde entfernten, Niveau. Die beiden uneindeutigen Fälle Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen sind auf das unterschiedliche Abschneiden der Konkurrenten rechtsaußen zurückzuführen. In Nordrhein-Westfalen ging der NPD-Stimmenanteil von mageren 0,7 auf 0,5 Prozent zurück, dafür aber legte die muslimfeindliche Pro-Bewegung leicht zu. Und in Baden-Württemberg setzte sich der Niedergang der REP fort, während die NPD leicht hinzugewann – ohne dabei jedoch die Verluste des Konkurrenten absorbieren zu können.

Tab. 4: Zweitstimmenanteil von Rechtsaußenparteien über fünf Prozent bei Landtagswahlen, 1990 – 2012

Land	Jahr	Partei	Prozent
Bremen	1991	DVU	6,2
Baden-Württemberg	1992	REP	10,9
Schleswig-Holstein	1992	DVU	6,3
Baden-Württemberg	1996	REP	9,1
Sachsen-Anhalt	1998	DVU	12,9
Brandenburg	1999	DVU	5,3
Sachsen	2004	NPD	9,2
Brandenburg	2004	DVU	6,1
Mecklenburg-Vorpommern	2006	NPD	7,3
Sachsen	2009	NPD	5,6
Mecklenburg-Vorpommern	2011	NPD	6,0

Quelle: Amtliche Wahlstatistik; eigene Zusammenstellung.

Tab. 5: Entwicklung der Zweitstimmenanteile von Rechtsaußenparteien in den Ländern (letzte und vorletzte Wahl)

Land	Vorletzte Wahl (%)	Letzte Wahl (%)	Tendenz
Bayern	2,2 (REP, -- NPD, 2003)	2,6 (1,4 REP, 1,2 NPD, 2008)	▲
Baden-W.	3,2 (2,5 REP, 0,7 NPD, 2006)	2,1 (1,1 REP, 1,0 NPD, 2011)	▲▼
Rheinl.-Pfl.	2,9 (1,2 NPD, 1,7 REP, 2006)	1,9 (1,1 NPD, 0,8 REP, 2011)	▼
Saarland	1,5 (NPD, 2009)	1,2 (NPD, 2012)	▼
Hessen	1,9 (0,9 NPD, 1,0 REP, 2008)	1,5 (0,9 NPD, 0,6 REP, 2009)	▼
NRW	2,1 (0,7 NPD, 1,4 pro NRW, 2010)	2,0 (0,5 NPD, 1,5 pro NRW, 2012)	▲▼
Niedersa.	1,5 (NPD, 2008)	0,8 (NPD, 2013)	▼
Schl.-Hol.	0,9 (NPD, 2009)	0,7 (NPD, 2012)	▼
Hamburg	0,8 (DVU, 2008)	0,9 (NPD, 2011)	▲
Bremen	3,2 (2,7 DVU, 0,5 REP, 2007)	1,6 (NPD, 2011)	▼
Berlin	2,6 (NPD, -- Pro D, 2006)	3,3 (2,1 NPD, 1,2 Pro D, 2011)	▲▼
Meckl.-Vo.	7,3 (NPD, 2006)	6,0 (NPD, 2011)	▼
Brandenb.	6,1 (DVU, 2004)	3,9 (2,6 NPD, 1,1 DVU, 0,2 REP, 2009)	▼
Sachsen-A.	3,5 (3,0 DVU, 0,5 REP, 2006)	4,6 (NPD, 2011)	▲
Sachsen	9,2 (NPD, -- REP, 2004)	5,8 (5,6 NPD, 0,2 REP, 2009)	▼
Thüringen	3,6 (1,6 NPD, 2,0 REP, 2004)	4,7 (4,3 NPD, 0,4 REP, 2009)	▲▼

Erläuterung: Parteien: Pro D – Pro Deutschland. Quelle: Amtliche Wahlstatistik; eigene Zusammenstellung.

Die östlichen Länder sind eher geeignet, die These vom Vordringen des Rechtsextremismus in der Gesellschaft zu stützen; jedenfalls konnten die Rechtsaußenparteien bei den jeweils letzten beiden Landtagswahlen fast überall besser abschneiden als in den westlichen. Aber: Das Mobilisierungshoch erscheint auch aus dieser Perspektive bereits überschritten, denn die Rechtsaußenparteien mussten in drei Ländern deutliche Verluste hinnehmen. Allerdings konnte sich die NPD in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen auf hohem Niveau behaupten, während in Brandenburg der Stimmenanteil der drei gegeneinander antretenden Konkurrenten unter die Fünfprozentmarke fiel. Was die Fälle Berlin und Thüringen angeht, so erhärtet nur das südliche Bundesland die Konsolidierungsthese; die NPD blieb mit 4,3 Prozent nicht weit von der Fünfprozentmarke entfernt. In Berlin hingegen ging ihr Stimmenanteil wie in anderen östlichen Ländern zurück – teilweise (wie in Nordrhein-Westfalen) zugunsten der (hier allerdings erstmals antretenden) Pro-Bewegung.

Tab. 6: Rechtsextreme Parlamentsvertretungen auf Länderebene, 1990–2012

REP	DVU	NPD
1992-1996 (15) Baden-Württemberg	1992-1996 (6) Schleswig-Holstein	
1996-2001 (14) Baden-Württemberg	1991-1995 (6) Bremen	
	1999-2003 (1) Bremen	
	1998-2002 (16) Sachsen-Anhalt	2004-2009 (12) Sachsen
	1999-2004 (5) Brandenburg	2009- (8) Sachsen
	2004-2009 (6) Brandenburg	2006-2011 (6) Mecklenburg-Vorpommern
	2007-2011 (1) Bremen	2011- (5) Mecklenburg-Vorpommern

Erläuterung: Anfängliche Mandatszahl in Klammern. Quelle: Amtliche Angaben; eigene Zusammenstellung.

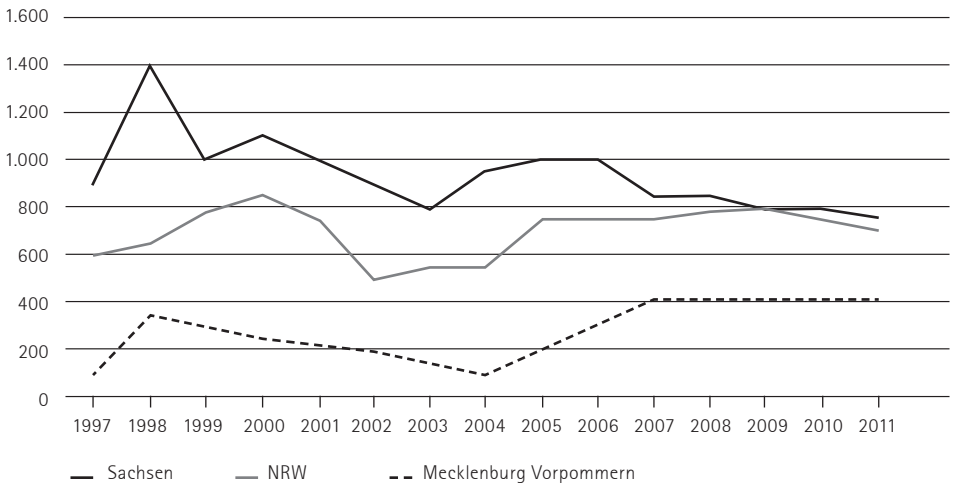
Bei bundesweiter Betrachtung zeigt sich, dass die Zahl der Parlamentsfraktionen von Rechtsaußenparteien auf Länderebene schon einmal größer war als im Jahr 2012 (siehe Tab. 6). In einigen Fällen ging die Vertretung bereits nach einer einzigen Legislaturperiode wieder verloren, nicht selten nach längerer Agonie (Zerfall der Fraktionen, Finanzaffären etc.).²² Hierzu zählt faktisch auch Bremen, das nur aufgrund einer wahlrechtlichen Sonderregelung (das Stimmresultat in Bremerhaven sorgte wiederholt für den Einzug eines einzelnen Rechtsaußenvertreters) mehrfach in der Tabelle auftaucht. Immerhin konnten Rechtsaußenparteien in vier Fällen ein zweites Mal in Fraktionsstärke in Landesparlamente einziehen. Dies gelang den REP in Baden-Württemberg, der DVU in Brandenburg und der NPD jeweils in Sachsen und

²² Vgl. Jürgen Hoffmann/Norbert Lepszy, Die DVU in den Landesparlamenten: inkompetent, zerstritten, politikunfähig. Eine Bilanz rechtsextremer Politik nach zehn Jahren, Interne Studien der Konrad-Adenauer-Stiftung, Nr. 163, St. Augustin 1998; Everhard Holtmann, Die angepassten Provokateure. Aufstieg und Niedergang der rechtsextremen DVU als Protestpartei im polarisierten Parteiensystem Sachsen-Anhalts, Opladen 2002; Matthias Schmidt, Die Parlamentsarbeit rechtsextremer Parteien und mögliche Gegenstrategien. Eine Untersuchung am Beispiel der „Deutschen Volksunion“ im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Münster 1997.

Mecklenburg-Vorpommern. Die zuletzt genannten beiden Länder erschienen am ehesten geeignet, die These von der Konsolidierung bzw. vom Vordringen des Rechtsextremismus zu stützen, wäre nicht der Stimmenanteil jeweils beim zweiten Mal deutlich abgesunken.

Es sei jedoch unbestritten, dass die NPD in diesen beiden Ländern auf kommunaler Ebene über Hochburgen verfügt, wo sie sich (vor dem Hintergrund einer relativ schwachen demokratischen Bürgergesellschaft) sozial fester verankern konnte. Dies wird allerdings längst nicht mehr widerstandslos hingenommen. Was für Mecklenburg-Vorpommern gilt, ließe sich auch für Sachsen konstatieren: Nach den ersten spektakulären Wahlerfolgen nahmen „die anderen Parteien im Land, viele Aktivisten der Bürgergesellschaft, aber auch in den Feuerwehren und Sportvereinen den Rechtsextremismus [...] als einen ernstzunehmenden politischen Faktor wahr und suchen vielfach gemeinsam nach Wegen, ein soziales Anwachsen der NPD in den lokalen Milieus des ländlichen Raums zu verhindern.“²³

Abb. 1: NPD-Mitglieder in Nordrhein-Westfalen, Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern, 1997-2011



Quelle: Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen, Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern.

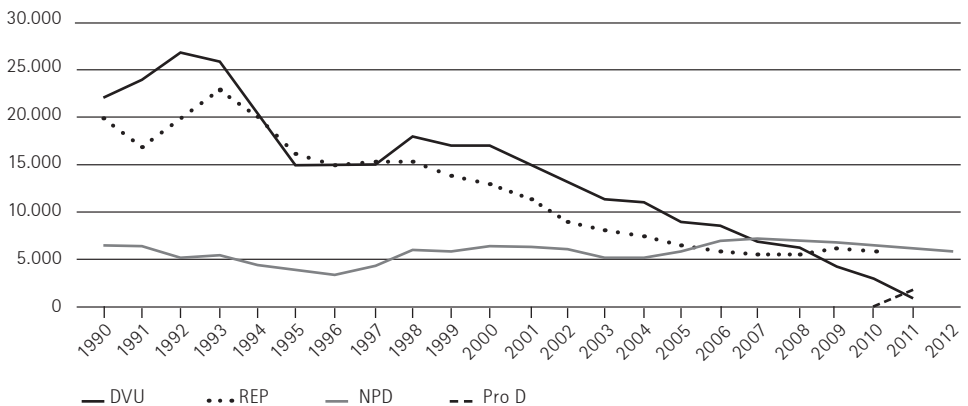
Die organisatorische Entwicklung der Partei liefert starke Indizien dafür, dass die NPD ihren Höhepunkt überschritten hat. Ein Vergleich der Mitgliederstärke der Landesverbände Nordrhein-Westfalen, Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern zeigt zunächst (siehe Abb. 1) die vergleichsweise schwache Verankerung der Partei im westlichen Flächenstaat, der Sachsen mehr als um das Vierfache, Mecklenburg-Vorpommern etwa um das Elfache an Einwohnern überragt. Allerdings können die beiden östlichen Landesverbände trotz ihrer relativen Stärke die These vom Vordringen der Partei nicht überzeugend stützen. Der sächsische Verband bleibt hinter der bereits 1998 erreichten Mitgliederzahl weit zurück und konnte von den elektro-

²³ Hubertus Buchstein/Benjamin Fischer, Die NPD in den kommunalen Parlamenten Mecklenburg-Vorpommerns, in: Uwe Backes/Henrik Steglich (Hrsg.), Die NPD. Erfolgsbedingungen einer rechtsextremistischen Partei, Baden-Baden 2007, S. 143-165, hier 165.

ralen Mobilisierungserfolgen kaum profitieren. Trotz flächendeckender organisatorischer Präsenz ging auch zuletzt die Mitgliederstatistik erneut zurück.²⁴ In Mecklenburg-Vorpommern herrscht seit mehreren Jahren Stagnation (trotz Wahlerfolgen und parlamentarischer Vertretung). Gemessen an der Bevölkerungszahl ist er immerhin sogar etwas stärker als der sächsische Landesverband. Die Partei ist organisatorisch allerdings nicht flächendeckend präsent und in (noch) höherem Maße als in Sachsen auf die Kooperation mit NS-affinen Gruppierungen angewiesen.²⁵

Bei bundesweiter Betrachtung wird die Organisationsschwäche der NPD noch deutlicher. Zwar hat sie anders als ihre Konkurrenten rechtsaußen über viele Jahre und Jahrzehnte hinweg – und trotz immer wiederkehrender finanzieller Engpässe – einen leidlich funktionierenden Parteiapparat aufrechterhalten. Doch konnte sie vom Niedergang ihrer beiden langjährigen Konkurrenten REP und DVU nicht profitieren. Nicht einmal die Fusion mit der – notorisch organisationsschwachen – DVU hat daran etwas ändern können. Und auch von ihren Wahlerfolgen im neuen Jahrtausend vermochte sie – wie die Mitgliederentwicklung zeigt – kaum zu profitieren (siehe Abb. 2). Dies erscheint überaus bemerkenswert und erklärungsbedürftig, wenn man sich etwa vergegenwärtigt, dass die Partei – ähnlich wie die REP zwanzig Jahre später – nach ihren ersten hohen Stimmengewinnen bei Landtagswahlen in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre einen rasanten Mitgliederzulauf verzeichnen konnte. Der wichtigste Grund dürfte darin bestehen, dass es der NPD – anders als etwa ihrem zuletzt bemühten österreichischen Vorbild FPÖ – an populistischer Wendigkeit mangelt. Sie zählt im europäischen Vergleich zu den „harten“, ideologisch vergleichsweise eng am historischen Nationalsozialismus orientierten Formationen.²⁶

Abb. 2: Mitglieder der Rechtsaußenparteien auf Bundesebene, 1990–2012



Quelle: Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Verfassungsschutzberichte des Bundes.

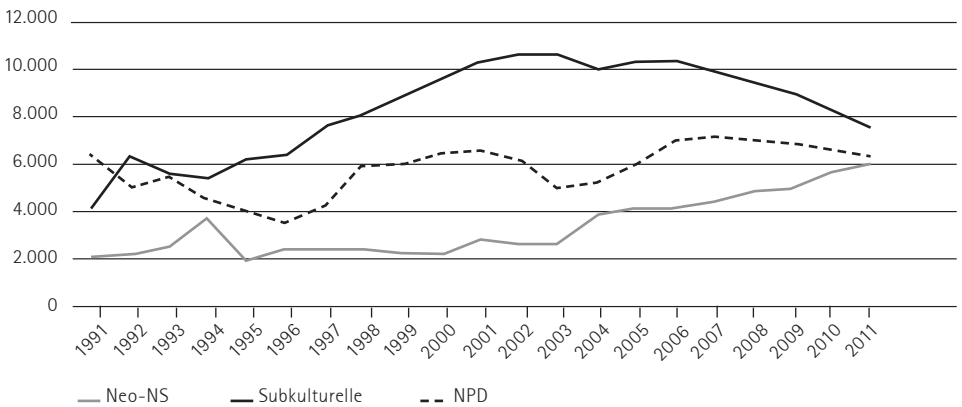
²⁴ Vgl. Staatsministerium des Innern/Freistaat Sachsen (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2011, Dresden 2012, S. 48.

²⁵ Vgl. Ministerium für Inneres und Sport Mecklenburg-Vorpommern (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2011, Schwerin 2012, S. 52 f.

²⁶ Vgl. Uwe Backes, The Unsuccessful Parties – Ideologies, Strategies, and Conditions of the Failure, in: Backes/Moreau (Hrsg.), The Extreme Right in Europe, S. 149–169.

Sie hat sich zudem seit der Mitte der 1990er Jahre gegenüber militanten subkulturellen und NS-affinen Milieus geöffnet und zahlreiche Aktivisten aus diesen Gruppierungen in die Partei aufgenommen.²⁷ Allerdings ist sie auf diese Weise in ein strategisches Dilemma geraten, das ohne gravierende innerparteiliche Verwerfungen kaum auflösbar erscheint: Einerseits bemüht sie sich bei Wahlen um breitere Akzeptanz, andererseits will sie NS-affine „Kameradschaften“ und „Freie Kräfte“ an sich binden und sie als Rekrutierungsreservoir nutzen. Dies gleicht der Quadratur des Kreises und führt dazu, dass keines der einander widersprechenden Ziele erreicht wird. Wie Abb. 3 zeigt, konnte sie nämlich auch die NS-affinen Gruppierungen und jugendsubkulturellen Milieus kaum dauerhaft an sich binden. Die Partei befindet sich derzeit also weder auf dem „Vormarsch in die Mitte“ der Gesellschaft, noch gelingt es ihr, den militanten rechten Rand zu integrieren.

Abb. 3: Mitglieder der NPD und militanter rechtsextremer Szenen, 1991–2011



Quelle: Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Verfassungsschutzberichte des Bundes.

Fazit

Der organisierte Rechtsextremismus ist – anders als es die Einstellungsstudie „Die Mitte im Umbruch“ suggeriert – keineswegs auf dem Vormarsch „in die Mitte der Gesellschaft“. Auch von dessen „Konsolidierung“ kann nicht die Rede sein. Die Verfasser der Studie räumen – im Widerspruch zu anderen Feststellungen in ihrem Werk – selbst ein, rechtsextreme Parteien schnitten hierzulande bislang im europäischen Vergleich eher schwach ab.²⁸ Dieser Befund gilt für die Bundesebene uneingeschränkt. In den östlichen Ländern konnten rechtsextreme Parteien in den letzten zehn Jahren mancherorts reüssieren – vor allem in Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern, wo sie zweimal hintereinander in die Landtage einzogen. Doch ist die erfolgreichste rechtsextreme Partei, die NPD, in der Krise. Ihre Ergebnisse bei Landtagswahlen sind fast überall rückläufig. Sie konnte weder vom Rückgang des Mitgliederpotenzials

²⁷ Vgl. Marc Brandstetter, Die NPD unter Udo Voigt. Organisation, Ideologie, Strategie, Baden-Baden 2013.

²⁸ Vgl. Decker/Kiess/Brähler, Die Mitte im Umbruch, S. 15.

ihrer Konkurrenten profitieren, noch das Potenzial militanter jugendlicher Rechtsextremisten dauerhaft und in größerem Umfang an sich binden. Sie befindet sich darüber hinaus in einer schwierigen Finanzsituation, über ihr schwebt das Damoklesschwert des Parteiverbots, und sie sieht sich einer starken sozialen Gegenmobilisierung gegenüber – auch in den östlichen Ländern.

Diese Befunde können und sollen kein Anlass sein, den Rechtsextremismus auf die leichte Schulter zu nehmen. Die NPD ist nicht auf dem Vormarsch; sie konnte sich aber in lokalen Hochburgen sozial verankern. Zu großer Besorgnis gibt das über die Jahre immer weiter angestiegene Potenzial militanter Rechtsextremisten Anlass – der NS-affinen Szenen wie stärker subkulturell geprägter Milieus. Wie die NSU-Morde gezeigt haben, können sie zu Kristallisationsfeldern rechtsterroristischer Gruppierungen und zu einer tödlichen Bedrohung insbesondere für die als „Feinde“ wahrgenommenen Minderheiten werden.²⁹ Es bedarf besonderer Anstrengungen, um diese Herausforderung zu meistern, die kein ernsthaftes Konsolidierungsproblem (im Blick auf die Stabilität des demokratischen Verfassungsstaates), wohl aber ein gravierendes Sicherheitsproblem darstellt. Alarmismus ist aber auch hier – wie in allen anderen Lebenslagen – nicht angebracht, zumal er Gefahr läuft, konterproduktiv zu wirken. Kühler Realismus bei der Gefahreinschätzung ist die Voraussetzung für eine kluge Abwehrstrategie, die vor allem im Bereich der Bekämpfung politisch motivierter Kriminalität (mit rechtsstaatlichen Mitteln) repressiv, ansonsten aber weitgehend präventiv ansetzen sollte. Neben der geistig-politischen Auseinandersetzung bleiben politische Bildung und Erziehung auch auf diesem Feld als langfristig wirkende „Investitionen“ unverzichtbar.

²⁹ Vgl. Uwe Backes, Rechtsextremistische Gewalt in Europa – Qualitative und quantitative Bedrohungsdimensionen, in: Gerhard Hirscher/Eckhard Jesse (Hrsg.), Extremismus in Deutschland, Baden-Baden 2013, S. 43-61; Armin Pfahl-Traugher, Der NSU und der deutsche Rechtsterrorismus, in: Uwe Backes/Alexander Gallus/Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bd. 24, Baden-Baden 2012, S. 180-196.